



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/112

13. September 1948

Sonderausgabe

Schumacher-Rede - nur verlesen

Andreas Gayks schwere Aufgabe - Ausgedehnte Diskussion

sp. Düsseldorf

Das politische Schwergewicht auf dem Parteitag in Düsseldorf lag bei dem Referat Kurt Schumachers und der darauf folgenden Diskussion. Die Rede des 1. Vorsitzenden wurde von Andreas Gayk, Vorstandsmitglied und Oberbürgermeister von Kiel, verlesen.

Gayks Aufgabe war schwer, wie es immer schwierig ist, den Gedanken einer anderen Person mit dessen Worten Ausdruck zu geben. Die Aufgabe ist umso schwerer, je eigenwilliger und fester profiliert die Gedankenführungen und Formulierungen sind, was bei Kurt Schumacher in besonders hohem Maße der Fall ist. Aber unter Würdigung dieser Erschwerungen hat Gayk seine Aufgabe gut gelöst. Seine Stimme war klar, seine Gesten sparsam, aber wirkungsvoll. Eine sehr weitgehende innere Übereinstimmung mit dem, was er vorzutragen hatte, wurde sichtbar. Niemand konnte erwarten, daß die Notlösung dieser Verlesung voll befriedigen werde, und man kann überzeugt sein, daß an vielen Stellen der Rede, an denen bei der Verlesung Zustimmung nur verhalten zum Ausdruck kam, der Beifall stürmisch gewesen wäre, wenn Schumacher selbst am Pult gestanden hätte. Das empfand jeder der Anwesenden, aber jeder war sich auch klar, daß das Beste aus einer bedauerlichen Situation herausgeholt wurde.

Sätze aus der Diskussion

Die Diskussion wurde von Carlo Schmid eröffnet, der sich zunächst mit dem Verhältnis der Besatzungsmächte zu dem deutschen Volk und seinen Vertretungskörperschaften befaßte. Für die nächste Zukunft werde entscheidend sein, wie das Besatzungstatut aussieht. "Wir wollen uns nicht", so sagte Schmid, "vor der Verantwortung drücken, aber wir wollen eine echte Verantwortung und uns nicht mit Fiktionen begnügen. So wie die Dinge liegen, können wir nichts anderes machen, als ein gut organisiertes Staatsfragment zu schaffen, das nützlicher ist, als eine noch so barock aufgeputzte Staatskulisse, die dazu führen würde, die Demokratie in Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zu diskreditieren". Nach diesen Worten ging Carlo Schmid auf die Situation in Berlin ein und betonte, daß Berlin voll in das neue Grundgesetz einbezogen werden müsse. Es werde ein Prüfstein für den guten Willen der Besatzungsmächte sein, die Deutschen ihre eigenen

Dinge selbst gestalten und sie nicht zu einem Element ihrer Außenpolitik degradieren zu lassen. "Die Sozialdemokratie wird nie eine politische Fremdenlegion werden".

Ernst Reuter-Berlin sprach von der notwendigen moralischen Unterstützung Berlins durch den Westen. Noch sehe man nicht, wie dieser Kampf ausgehen werde, in jedem Falle aber werde er seine Spuren in der Geschichte der europäischen Wiedergeburt hinterlassen. "Nationalistische Instinkte spielen in ihm keine Rolle, wir kämpfen um unsere nackte Existenz und wir werden niemals unseren Ideen untreu werden. Einen Guttell von dem, was die Welt uns Deutschen nachsagt, waschen wir, so glaube ich, täglich wieder ab". Die Aufgabe des Westens sei es, in seinem Bereich die wirtschaftliche und politische Entwicklung so zu fördern, daß durch den Unterschied zwischen Osten und Westen jedermann ganz anschaulich die Verlogenheit der östlichen Propaganda vor Augen geführt wird. "Seien Sie nicht kleinlich", rief Reuter dem Parteitag zu, "wir sind es auch nicht, obwohl uns der Gegner sehr viel näher ist, und wir uns täglich mit ihm auseinandersetzen haben. Nur dadurch, daß wir standhalten, werden wir den europäischen Frieden retten".

Fritz Hensler-Dortmund sprach zur verweigerten Bestätigung der vom Düsseldorfer Landtag beschlossenen Kohlensozialisierung durch die britische Militärregierung. "Durch die Entscheidung der Engländer", so sagte er, "sind wir betrübt, aber nicht entmutigt. Die Frage bleibt auf der Tagesordnung, bis der Erfolg da ist. Das einzige Echo kann nur sein, daß die Sozialdemokratie auch in den anderen Ländern die Frage der Sozialisierung in den Vordergrund stellt".

Fritz Eberhard-Stuttgart kam auf das Saar-Problem zu sprechen und erklärte, daß bei der letzten Landtagswahl im Saargebiet das Volk nicht darüber unterrichtet war, daß damit gleichzeitig eine Verfassung beschlossen sein sollte. Das Volk an der Saar habe noch keine Entscheidung getroffen und auch international sei die Frage noch offen. Das Saargebiet sei wirtschaftlich eng verflochten mit Deutschland und mit Frankreich. Das offizielle Frankreich hat eine politische Annektion des Saargebietes nicht verlangt, wohl aber die politische Trennung von Deutschland. Eberhard sprach von der Gefahr einer neuen nationalistischen Propaganda im "Heim ins Reich"-Stil. "Diesen Ruf", so sagte er, "wollen die Deutschen an der Saar nicht wieder hören, aber dazu müssen die Voraussetzungen von französischer Seite getroffen werden". Aus dem Saargebiet sollte eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich gemacht werden.

Als nächster Diskussionsredner sprach Willy Brandt-Berlin über die außenpolitische Situation, so wie sie sich vor allem in dem Berliner Aspekt darstellt. Nach einer kurzen Schilderung der Gesamt-Situation kam er zu dem Schluß: "Es ist ein Unding; Demokratie in Deutschland predigen zu wollen und andererseits die Deutschen nicht durch ihre berufenen demokratischen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen zu

lassen, die international über deutsche Schicksalsfragen geführt werden. Wer die demokratische Stimme Deutschlands ausschließt, schwächt Europa, wer die Arbeit der Sozialdemokratie erschwert, schädigt Europa und wer den friedlichen Aufbau in Deutschland behindert, hilft den europafeindlichen Kräften und hindert uns daran, auf europäischem Gebiet zu tun, was wir für Deutschland zu tun beabsichtigen - ein Programm echter Freiheit und sozialen Ausgleichs und Aufbaus durchzusetzen".

Entscheidung des Parteivorstandes und Parteiausschusses
zum Referat Dr. Kurt Schumachers

sp. Düsseldorf

Am Montag wurde vom Parteitag folgende Entscheidung des Parteivorstandes und Parteiausschusses zum Referat Dr. Kurt Schumachers einstimmig angenommen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den Vereinigten Staaten von Europa. Sie ist überzeugt, daß der europäische Wiederaufbauplan Amerikas nur dann einen dauernden Erfolg haben kann, wenn die europäischen Völker ihre wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit so organisieren, daß Europa mit Beendigung dieser Hilfe als eine Gemeinschaft freier Völker existieren kann.

Die volle und gleichberechtigte Mitwirkung eines demokratischen Deutschlands ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg einer gemeinsamen Politik der europäischen Völker.

Es ist die Aufgabe der Deutschen selbst, durch die Neuordnung ihrer innerpolitischen Verhältnisse das Vertrauen der Völker zu einer demokratischen und friedlichen Politik des deutschen Volkes wieder herzustellen.

Die Schaffung demokratischer Institutionen und eine aktive demokratische Politik in der Verwaltung sind notwendige Voraussetzungen, aber sie allein sichern noch nicht den Bestand der Demokratie. Die dauernde und erfolgreiche Behauptung der Demokratie gegen Herrschaftsansprüche des Großbesitzes oder Diktatur-Gelüste des Kommunismus wird nur möglich sein durch die Überführung des privaten Großbesitzes an Rohstoffen und Produktionsmitteln in den Besitz der Allgemeinheit und durch den sozialen Ausgleich der Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit.

Die deutsche Demokratie darf nicht wieder gefährdet werden durch den politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht und sie wird nur dann von der großen Mehrheit des Volkes als eine höhere Lebensform übernommen werden, wenn sie zugleich sozial ist.

Krieg und Diktatur haben das deutsche Volk vor die harte Notwendigkeit gestellt, mit seinen politischen Möglichkeiten und mit seinen

Produktionsmitteln Haus zu halten. Der Verlust an nationalem Vermögen und an nationaler Wirtschaftskraft muß von allen Teilen des Volkes getragen werden. Nur eine unter dem Gesichtspunkt der Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse des Volkes gelenkte Produktion kann diesen Erfordernissen gerecht werden.

Die Durchführung einer solchen demokratischen und sozialen Politik, die gleichmäßig den Interessen des deutschen Volkes und der anderen Völker dient, erfordert eine entsprechende Politik der Besatzungsmächte in Deutschland.

Die Sozialdemokratische Partei sieht in der von der Sowjetunion betriebenen Besatzungspolitik der wirtschaftlichen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung keine Grundlage für eine demokratische und sozialistische Erneuerung Deutschlands. Jeder Versuch, dieses System direkt oder indirekt auf ganz Deutschland zu übertragen, wird den unterschiedlichen und kompromißlosen Widerstand der Sozialdemokratie finden. Die Sozialdemokratie fühlt sich mit allen denen verbunden, die in der Ostzone schweren Verfolgungen und skrupellosen Diffamierungen ausgesetzt sind, weil sie sich weigern, vor der Diktatur der Besatzungsmacht und ihrer Quisling-Partei zu kapitulieren.

Solange infolge dieser Politik der Sowjetunion eine Verständigung der Alliierten über die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit nicht erzielt werden kann, ist es die Verpflichtung der Westalliierten, in ihrem Machtbereich eine freiheitliche und demokratische Entwicklung aktiv zu fördern.

Die Bevölkerung Berlins hat immer stärkere Beweise ihres Freiheitswillens erbracht. Dadurch und durch die großzügige Hilfsaktion der Westalliierten ist die Unabhängigkeit Berlins gegen Hungerblockade und Gewaltmaßnahmen verteidigt worden. Die Sozialdemokratische Partei erwartet, daß die demokratischen Mächte nur einer Lösung des Berliner Konflikts zustimmen, welche die Freiheit und Selbstverwaltung der Hauptstadt Deutschlands sichern.

Solange die internationalen Bedingungen die Wiederherstellung des Friedenszustandes und die Beendigung der Besatzung unmöglich machen, muß durch den Erlass eines Besatzungsstatuts eine eindeutige Rechtsbasis für die Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und den Deutschen geschaffen werden.

Die Einbeziehung Westdeutschlands in den europäischen Wiederaufbauplan verfolgt das Ziel, die deutsche Wirtschaftskraft für die Gesundung der europäischen Wirtschaft nutzbar zu machen. Diese Politik ist unvereinbar mit einer Fortsetzung der Demontage von Produktionsstätten und Produktionsmitteln, die für die Friedensproduktion unerläßlich sind. Die Sozialdemokratie fordert daher erneut die sofortige und endgültige Einstellung der Demontagen.

13.9.1948

Das Ziel einer echten und dauerhaften Demokratisierung Deutschlands kann nur erreicht werden, wenn die Alliierten bereit sind, dem deutschen Volk die freie Entscheidung über die Gestaltung seiner eigenen, inneren Angelegenheiten zu überlassen. Der Widerspruch zwischen den Ankündigungen über die weitgehenden neuen Vollmachten der Deutschen in Zusammenhang mit dem Londoner Abkommen und dem Einspruch der amerikanischen und britischen Militärregierungen gegen das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht im hessischen Betriebsrätegesetz und gegen das Sozialisierungsgesetz für den Bergbau in Nordrhein-Westfalen muß zugunsten einer Respektierung freier, demokratischer Entscheidungen der Deutschen gelöst werden. Die wiederholten feierlichen Erklärungen, daß die Hilfe des europäischen Wiederaufbauplanes nicht an politische und wirtschaftliche Bedingungen geknüpft ist, muß auch auf Deutschland Anwendung finden.

Es ist die nationale und europäische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, den Versuch zu verhindern, die Vorherrschaft des deutschen Kapitalismus in Westdeutschland zu behaupten. Es ist ihr Ziel, eine Politik zu treiben, die von der Erkenntnis getragen wird, daß auf die Dauer die europäische Demokratie ohne Sozialismus nicht möglich sein wird.

Angenommene Anträge

Einmütig angenommen wurden weiterhin folgende Anträge:

Der Parteivorstand ist ermächtigt und verpflichtet, für die Koordinierung der sozialdemokratischen Politik in den einzelnen Ländern Deutschlands Sorge zu tragen. Die Exponenten der deutschen Länderpolitik innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verpflichten sich; Koordinationsbeschlüsse und Richtlinien des Parteivorstandes und Parteiausschusses innezuhalten. Sie verpflichten sich ferner, in kritischen Situationen und bei möglicher Überschneidung im Rahmen der Länderpolitik dem Parteivorstand zu unterrichten und die in gegenseitiger Aussprache als Richtlinien erarbeiteten Grundsätze jeweils zu vertreten.

Begründung. Im Verlauf des Jahres 1947/48 hat sich gezeigt, daß die Koordinierung zwischen den politischen Grundsätzen der gesamten Partei und der Politik sozialdemokratischer Exponenten im Länderrahmen nicht immer gewährleistet werden konnte. Besonders in der Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates und der Länderpolitik ergaben sich verschiedentlich Dissonanzen, die automatisch zu einer Unsicherheit in der Mitgliedschaft der SPD führten. Die gesamte Partei hat ein Interesse daran, daß durch einen regulierenden Faktor in Zukunft derartige Möglichkeiten nicht mehr gegeben sind.

Der Parteitag bekräftigt die Entschliessung des Parteivorstandes vom 16. September 1947: "Das Saargebiet ist ein Teil Deutschlands..." Der Parteivorstand wird beauftragt, auch weiterhin alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Verbindung des Saarlandes mit dem

übrigen Deutschland wieder herzustellen. Das Saarland ist nach seiner wirtschaftlichen Struktur sowohl mit der deutschen als auch mit der französischen Wirtschaft verbunden. Die notwendige wirtschaftliche Verständigung wird aber durch die politische Trennung der Saar von Deutschland nicht erleichtert, sondern verbaut.

Außerdem schafft die politische Trennung die Gefahr, daß die Saarbevölkerung zu nationalistischen Zwecken mißbraucht wird.

Der Parteitag grüßt die deutschen Sozialdemokraten an der Saar und erwartet von ihnen, daß sie über die Brücke, die sie zwischen Deutschland und Frankreich schaffen wollen, den Weg zu uns ganz zurückfindet.

Nicht weniger herzlich grüßt der Parteitag die Deutschen der Ostgebiete. Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht ruhen, bis die Wiedervereinigung der heute abgetretenen Gebiete im Geist der demokratischen Freiheit vollzogen ist.

Für den Frieden Europas ist es notwendig, verstärkte und beschleunigte Anstrengungen zu machen, um die Schwierigkeiten aufzuräumen, die zwischen Deutschland und seinen Nachbarvölkern - insbesondere Frankreich - noch bestehen und die das Verständnis der europäischen Völker für ihre besondere Lage erschweren.

Der Parteitag beschließt daher:

1. Der Parteivorstand wird beauftragt, alles zu tun, was dem engen Kontakt und kameradschaftlichen Meinungsaustausch mit den demokratisch-sozialistischen Kräften dieser Völker förderlich ist.
2. Mit allen Bruderorganisationen, insbesondere auch mit der Sozialistischen Partei Frankreichs, einen Austausch anzustreben,
 - a) von Delegationen aus den Kreisen der Arbeiter-, Angestellten-, Lehrer-, Studenten-, Frauen- und Friedensorganisationen,
 - b) von übersetzten Schriften, Artikeln und allen solchen Meinungsäußerungen, die das Verständnis aller Völker füreinander fördern und dem Frieden dienen.

Gegen acht Stimmen wurde weiter folgender Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses angenommen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unverzüglich eine Programm-Kommission einzusetzen. Der Entwurf der Programm-Kommission für ein Parteiprogramm ist der gesamten Partei zur Diskussion zu unterbreiten, bevor er dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

366 stimmberechtigte Mitglieder

Der Parteitag besteht aus 366 stimmberechtigten Delegierten; sie setzen sich zusammen aus 300 Delegierten, 9 Mitgliedern der Kontrollkommission, 32 Mitgliedern des Partelausschusses und 25 Mitgliedern des Parteivorstandes.

Diskussion um Fragen der Politik

Um das Skelett der Anträge zu Punkt 2 der Tagesordnung, dem Referat von Kurt Schumacher, rankte sich die Diskussion, in der stellenweise eine kritische Haltung deutlich wurde.

Erich Arp - Schleswig-Holstein sprach von der Sorge und Unzufriedenheit der Partei über gewisse Mißerfolge und Rückschläge im Kampf um eine demokratische Neuordnung. Die Entlastung Schachts nannte er das letzte Alarmsignal für das westdeutsche Kapital, seine Restauration durchzuführen. Arp forderte ein sozialistisches Kampfprogramm und seine konsequente Durchführung. "Wir geraten in einen Zustand, daß durch einen immer selbständiger werdenden Parteiapparat eine von nur opportunistischen Erwartungen geleitete Politik getrieben wird". Arp forderte Wahlen vor dem Lastenausgleich, um die Vorherrschaft der Großbesitzerklasse noch in letzter Minute zu verhindern. "Wir wollen keine Opposition um ihrer selbst willen, wir wollen eine vollständige Regeneration der SPD zu einer kämpferischen marxistischen Partei".

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Lüdemann, rügte, daß in der Sozialdemokratie dem Flüchtlingsproblem zu wenig Beachtung geschenkt werde. Zahlreiche sozialdemokratische Funktionäre könnten sich diesem Vorwurf nicht entziehen. Seine weitere Kritik galt der Aufschiebung in der Frage der Ländergrenzen. Die Ministerpräsidenten seien kein Gremium, in dem diese Frage gelöst werden könne. Man müsse trachten, aus der Kleinstaaterei herauszukommen. Er hoffe, daß die SPD beim Aufbau Westdeutschlands führend um die Beseitigung dieses Übels bemüht sein werde.

Günther Markscheffel-Mainz forderte eine Prinzipientreue aller einzelnen Organisationen der Partei. Seine Ansicht fand ihren Niederschlag in dem einstimmig angenommenen Antrag zur Koordinierung sozialdemokratischer Politik.

Willi Eichler-Köln setzte sich für eine Aktivierung der europäischen Zusammenarbeit ein, die sich nicht nur in einem europäischen Stahl-Kartell oder sonstigen kapitalistischen Organisationsformen erschöpfen dürfe. Im Zusammenhang mit dem Marshallplan habe sich gezeigt, daß die internationale Zusammenarbeit noch sehr dürftig sei. Das Bestreben aller Völker sei ersichtlich, aus dem gemeinsamen Topf möglichst viel herauszubekommen und möglichst wenig hineinzutun. Insbesondere verwies Willi Eichler auf das Beispiel des Abbaus der

südädischen Uhrenindustrie durch Frankreich auf englischen Vorschlag. Auch das Pariser Büro für internationale Zusammenarbeit funktioniert nicht. All dies sei kein Zeichen von echtem Sozialismus.

Jakobs - Trier richtete einen Appell an Frankreich, die Politik der Differenzierung der deutschen Sozialisten in der französischen Besatzungszone sowie die Politik des "cordon sanitaire" aufzugeben und so den Sieg für eine echte deutsch-französische Verständigung im Interesse Europas zu ebnen.

Wehner-Hamburg forderte, dem Kampf in und um Berlin ein Äquivalent im Westen durch einen Kampf um die Massen gegenüberzustellen. Die SPD müsse sich dabei vom Bürokratismus, von Schablonen und von überholten Traditionen befreien.

Ollenhauers Antwort

In einem ausführlichen Schlußwort ging Erich Ollenhauer auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein. Über das Aktionsprogramm müsse nach Ansicht des Parteivorstandes vorher in der Partei eine breite Aussprache stattfinden. Bei der internationalen Zusammenarbeit stehe die SPD eindeutig auf der Seite der Westmächte. Ein vereintes Europa dürfe aber nicht allein auf negativen Parolen aufgebaut werden, etwa als Block gegen irgend eine Mächtegruppe. Es müsse jedoch beachtet werden, daß Bestrebungen im Gange sind, unter dem Motto der Zusammengehörigkeit in Europa überholte Zustände zu konservieren. Die Richtlinien der SPD für die Europa-Union seien einzig allein Demokratie und sozialer Fortschritt.

Ollenhauer widerlegte dann die Ansicht Lüdemanns, daß in der Sozialdemokratie zu wenig für die Flüchtlinge getan werde. Mit solchen Verallgemeinerungen würden die Leistungen der Partei ins unrechte Licht gesetzt. Sicher sei, daß das Flüchtlingsproblem nicht von heute auf morgen gelöst werden könne. Zu beachtensei auch, daß unter den Flüchtlingen starke Tendenzen existieren, durch Gründung neuer Flüchtlingsorganisationen das Problem aus der Welt schaffen zu können. Die Lösung dieses Problems hänge aber letztlich davon ab, wie groß der politische Einfluß der SPD sein werde. Notwendig sei 1. der Flüchtlingsausgleich, 2. eine Verteilung der Flüchtlingslasten und 3. die Errichtung zentraler Flüchtlingsinstanzen mit entsprechender Autorität. Die Frage der Ländergrenzen könne nach Ansicht des Parteivorstandes, abgesehen von einigen, heute dringend notwendigen Änderungen, nur vom ganzen deutschen Volk entschieden werden. Solange es in Deutschland Besatzungsmächte gebe, würden bei Grenzveränderungen stets auch Interessen der Besatzungsmächte mitspielen. Die Ländergrenzen seien das dringendste Problem, sobald die Deutschen wieder selbständig handeln könnten.

An den Ausführungen Arps kritisierte Ollenhauer deren Unklarheit und Verallgemeinerung. Sicher sei, daß die Partei in den nächsten Monaten in schwere Kämpfe verwickelt werde. Der kämpferische Charakter der Partei müsse sich heute jedoch anders gestalten als vor 20 Jahren.

Wörtlich sagte Ollenauer: "Wir stehen wie jede andere Partei noch vor der Bewährungsprobe. Wir haben eine stolze Organisation, aber niemand wäusche sich darüber, daß unsere innere Stärke sich erst bewähren muß. Das deutsche Volk ist heute aufgeschlüsselt wie noch nie für eine Politik einer echten Freiheit und echten Demokratie. Das ist die Chance der Partei, die durchaus zur Volkspartei werden kann. Wenn das Volk demnächst zu den Wahlen gerufen wird, stehen echte Lebensfragen des deutschen Volkes auf der Tagesordnung, darunter als wichtigste, welchen sozialen Inhalt die neue Ordnung haben wird. Von der Klarheit unserer politischen Vorstellung wird es abhängen, ob wir auf den Trümmern des Dritten Reiches ein demokratisches und sozialistisches Deutschland aufbauen können. Innere Wärme und Überzeugungskraft sollen den Millionen Menschen das Vertrauen geben, daß die Sozialdemokratie die Ausgangsbasis für eine glücklichere und bessere Zukunft sein kann".

Henker von gestern - Mörder von heute

sp. Düsseldorf

In der Aussprache zu den Arbeitsberichten der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes nahm auf dem Parteitag die Debatte über die VVN einen besonders breiten Raum ein. Von den Sozialdemokraten, die sich ohne jede Vorbehalte gegen die Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft bei der SPD und bei der VVN aussprachen, wirkten wohl am stärksten die leidenschaftlichen Ausführungen von Herbert Wehner-Hamburg, deren wesentlichen Inhalt wir deshalb wiedergeben:

"Diejenigen Sozialdemokraten, die hier die Notwendigkeit zu begründen versuchen, in der VVN zu bleiben, weil sie meinen, dort könne man "am besten etwas machen, wenn man drin sei", oder die auch sagen, der Parteivorstand habe mit seinem bekannten Beschluß, die Mitgliedschaft bei der SPD sei unvereinbar mit der bei der VVN, undemokratisch gehandelt - alle diese Leute haben fast ausschließlich von gestern und vorgestern geredet.

Es geht aber nicht um gestern oder vorgestern, sondern um heute. Denn die heutige Situation ist von der damaligen grundverschieden. Das ist die Wirklichkeit: Das KZ-Erlebnis und die gemeinsamen Gefahren und Opfer der Illegalität bedeuten für jeden, der sie durchmachte, sehr viel. Aber sie werden heute von der kommunistischen Propaganda heimtückisch und skrupellos zur Bildung einer falschen Legende und eines Mythos ausgenutzt und unsere Leute, die rückwärts sehen, verfangen sich in diesen Erinnerungen und Sentimentalitäten. Sie werden unfähig, die politischen Versager von heute zu sehen. Das ist aber gerade das, was die Kommunisten wollen. Sie wollen uns ablenken von dem furchtbaren

Terror von heute, der einen Vergleich mit dem von gestern und vorgestern durchaus aushält.

Und dann kommen wieder andere Leute mit ihren lokalen und kleinen Schmerzen und tun so, als ob die Demokratie eine Sache sei, die hier so und dort so gehandhabt werden könne. Auch das ist der KP gerade recht, die im Interesse ihrer überspitzt zentralistischen, d.h. totalitären Zielsetzung einen solchen Zerfall der SPD in landsmannschaftliche oder gar städtische Klubs und Vereine brennend wünscht, um auf diesem morschen Gebäude dann ihre brutale Hegemonie aufzurichten zu können. Das ist der rechte Nährboden für die kommunistische Doktrin. Man wirft dem Parteivorstand vielfach vor, er "koordiniere" nicht genügend - verfiel aber im selben Augenblick Auffassungen, die zu nichts anderem als zum Auseinanderfallen der Partei führen müssen.

Man sagt hier und da immer noch, die VWV sei notwendig, um den Geist wachzuhalten, der zur Verfolgung und Bestrafung der Henker von gestern führt - als ob die Partei selbst nicht Mann genug ist, diese Aufgabe zu erfüllen. Indem man so die Aufmerksamkeit auf die Henker von gestern lenkt, will man nur von der Aufmerksamkeit auf die Mörder von heute ablenken. Wie kann man in einem Augenblick, in dem man sich feierlichst zur Unterstützung des Kampfes der Berliner verpflichtet, in dem man beteuert, die Menschen in der Ostzone nie vergessen zu wollen, wie kann man sich in einem solchen Augenblick gemeinsam an einen Tisch mit Leuten setzen, von denen man weiß, daß sie sich jenem verbrecherischen System mit Leib und Seele verschrieben haben?"

Verantwortlich: Peter Raunau